

## Tarifrunde Öffentlicher Dienst:

**10,5% mehr Lohn, mindestens 500 € durchsetzen bei 12 Monaten Laufzeit!**



10,5% Lohnerhöhung, mindestens aber 500 € - das ist die Forderung von ver.di in der aktuellen Tarifrunde TvöD. Ob das reicht, um die Inflationsrate auszugleichen? Laut statistischem Bundesamt sind Lebensmittel um 16,6% teurer geworden und die Haushaltsenergiekosten gar um 36,6%. Eigentlich müsste schon die Forderung wesentlich höher sein: Angesichts der jetzt schon krassen Unterbezahlung

müsste auch ein Nachschlag für die Verluste der letzten Jahre her. Diese Unterbezahlung ist eine wichtige Ursache dafür, dass immer mehr Beschäftigte z.B. aus den Gesundheitsberufen fliehen oder Bürgerbüros wegen Personalmangel geschlossen bleiben.

Aber wenn es nach der „Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände“ geht, ist sogar eine Forderung, die nicht einmal die Inflation ausgleicht, viel zu hoch. Angeblich würde die ver.di-Forderung 15,4 Milliarden Mehrkosten verursachen. „Das können wir uns nicht leisten!“, verkünden sie.

Die „Kommunalen Arbeitgeber“ – das sind aber Politiker der Parteien, die ohne mit der Wimper zu zucken, regelmäßig mit unserem Geld, dem Geld der Allgemeinheit, den Super-Reichen immer noch mehr Geld zu stecken. Die Gewinne der „DAX- und vor allem der Energie-Konzerne“ sind in der aktuellen Krise wieder einmal explodiert. Das wird dann „Stärkung der Wirtschaft“ genannt. In keinem anderen Land geht die Schere zwischen Arm und Reich so dramatisch auseinander wie bei uns.

Fortsetzung Seite 2

**Statt Waffenlieferungen und Aufrüstungsprogramme mehr Geld für Soziales und höhere Löhne!**

## Stoppt die Eskalation! Wer Frieden will, liefert keine Waffen!

Kaum hat Bundeskanzler Scholz die Lieferung von deutschen Leopard 2 - Kampfpanzern in die Ukraine ermöglicht, wird die Debatte mit immer weiter gehenden Forderungen wie nach Kampfjets angeheizt. Mit der 80 Jahre nach Stalingrad geschichtsvergessenen Lieferung von Kampfpanzern, wird Berlin immer mehr zur direkten Kriegspartei. Das hat Außenministerin Annalena Baerbock nun auch direkt ausgesprochen: In einer Rede vor dem Europarat forderte sie den Westen zu politischer Einigkeit auf und kündigte dabei indirekt den Waffenstillstand auf, in dem sich Deutschland formal mit Russland befindet: »Wir führen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.« Damit hat sie die Welt einen Schritt näher an den Atomkrieg gebracht. Mit den deutschen Panzern, die nun wieder gen Russland rollen, den Ausbildungslagern wie in Grafenwöhr und den in Büchel lagernden US-Atomraketen würde Deutschland unweigerlich zum Austragungsort eines solchen Krieges. Der Parteivorstand der DKP hat deshalb eine

Petition gestartet: „Baerbock muss weg“ ([openpetition.de](https://openpetition.de/kurzelinks.de/Baerbock-muss-weg))

kurzelinks.de/Baerbock-muss-weg  
Russland hat nun als Reaktion auf die weitere Eskalation der NATO den Einsatz neuer Waffensysteme wie Drohnen und Marschflugkörper angekündigt. Auch die Bombardierung des ukrainischen Verkehrsnetzes, um Panzerlieferungen zu verhindern, ist zu befürchten. Und was kommt dann? Kampfjets, Langstreckenraketen, NATO-Truppen in die Ukraine und damit eine unmittelbare Kriegsbeteiligung der NATO? In letzter Konsequenz führt diese Logik in den dritten Weltkrieg. Einen Krieg, der gegen die Atommacht Russland niemals gewonnen werden kann, und der das Ende der Menschheit bedeuten würde!

### Warnende Stimmen aus dem Militär

So sind Forderungen nach einem Rückgewinn des Donbass und der Krim oder gar, Russland vernichtend zu schlagen, nach Brigadegeneral

Fortsetzung Seite 3

### **Aber es kann auch anders gehen**

Wenn Millionen sich nicht mehr alles bieten lassen, sind sie stärker als Multimilliardäre.

Wir können uns u.a. folgendes nicht länger leisten:

- die Subventionen an Großkonzerne
- die mehr als 400 Milliarden für die Rettung von Banken und Energiekonzernen
- "Doppelwumms" und ähnliches
- das 100 Milliarden „Sondervermögen“ für die Rüstung
- Milliarden für den heißen Ukrainekrieg
- Milliarden für den Wirtschaftskrieg gegen Russland

Das ist das Geld, das uns allen fehlt, zum einen in den Taschen der Beschäftigten, zum anderen in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, ob Kita oder Pflegeheim, ob Krankenhaus oder öffentliche Kultureinrichtungen. Die gesamte öffentliche Infrastruktur ist marode, weil der Staat von Rüstung und Großkonzernen ausgeblutet wird. Unsere KollegInnen in England und Frankreich zeigen wie es geht, doch davon erfahren wir nichts in den „Qualitäts“-Medien hier in unserem Land, die sich alle als „unabhängig“ und „überparteilich“ bezeichnen. Aber auch hierzulande gab es erfolgreiche Kämpfe. Lernen wir von den Kämpfen an den Kliniken in Berlin (Charité und Vivantes) oder an den Unikliniken in Nordrhein-Westfalen.

### **Schluss mit dem Burgfrieden mit den öffentlichen „Arbeitgebern“**

Damit schneiden wir uns ins eigene Fleisch, denn Real-Lohn-Verlust passiert nicht! Er wird gemacht, z.B. mit der Erklärung des Wirtschaftskrieges gegen Russland („wir werden Russland ruinieren“) und mit dem Verzicht auf Rußlands preisgünstiges Erdgas. Damit wurde das Energie-Angebot (bei konstanter Nachfrage) schlagartig und dramatisch reduziert und damit der Impuls zu explodierenden Preisen, Spekulation und galoppierender Inflation gegeben.

Aber nicht nur Gas, auch Strom und andere Energieträger folgen dieser Entwicklung. Und auch andere Waren, die objektiv am Energiekosten-Tropf hängen. Vieles wird teurer, weil es gerade „in“ ist aufzuschlagen, dazu gehören alle Trittbrettfahrer bei den Konzernen.

Seit Jahren hat es nur bescheidene nominale Erhöhungen gegeben. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben in den 2000ern Reallohnverlust erlebt, dann einen kleinen Aufschwung Mitte der 2010er, danach ging es wieder bergab. Wurden in dieser Phase die Einsparungen seitens der Kommunen genutzt, um zu investieren, um endlich genug Personal einzustellen? Nein! Alle kennen die Antwort. Die Reichen und Konzerne werden nach wie vor nur gering besteuert und während der Pandemie gingen viele Subventionen vor allem an die Konzerne. Und aktuell verzichtet der Staat darauf, die riesigen Gewinne der Energie- und

Nahrungsmittelkonzerne abzuschöpfen. Deshalb werden die Reichen immer reicher.

### **Führen wir die Tarifrunde zu einem Erfolg!**

Wir und die ver.di-Führung dürfen die Erzählung von den leeren Kassen nicht akzeptieren. Wir kämpfen für unsere Forderung 10,5%, mindestens 500,- Euro und die Laufzeit von einem Jahr. Mit Einmalzahlungen dürfen wir uns nicht abspeisen lassen. Auch wenn sie vielleicht dem einen oder anderen kurzfristig als attraktiv erscheinen. Einmalzahlungen sind nicht tabellenwirksam. Die nächste Tarifrunde beginnt auf dem niedrigeren Niveau. Von Einmalzahlungen gehen keine Beiträge in die Sozialkassen, auch bei der Berechnung von Jahressonderzahlungen, Krankengeld etc. fließen Einmalzahlungen nicht ein. Auch die Splitting von 10,5% auf mehrere Jahre sind dann eben keine 10,5%,

sondern weniger, da die Inflation jedes Jahr hoch ist und sich auch nicht auf mehrere Jahre verteilt.

Nach den dürftigen Abschlüssen bei Metall und Chemie sind viele Kolleg/Innen bei der ver.di-Forderung skeptisch, ob diese am Ende die Teuerung tatsächlich ausgleichen wird. Aber allein Skepsis führt zu nichts. Es geht darum mit ganzer Kraft gegen den Raubzug derer zu kämpfen, die uns rigoros ausplündern.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen nicht allein in einer Tarifaueinandersetzung. Auch die Beschäftigten bei der Post und der Bahn gehen mit ihren Forderungen in die Verhandlungen. Was liegt mehr auf der Hand, als diese Bereiche, die alle mit der öffentlichen Daseinsvorsorge zu tun haben, miteinander zu koordinieren? Gemeinsame Streikundgebungen und Demonstrationen würden eine Machtdemonstration der Gewerkschaften darstellen und eine Stärkung der einzelnen Tarifrunden bedeuten. Diese könnten gemeinsam zu einer gesellschaftspolitischen Bewegung gemacht werden.

Klar ist, dass für eine solche Streikbewegung auch Solidarität in der Bevölkerung aufgebaut werden muss. Denn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stemmen die staatliche Daseinsfürsorge, die für unser Zusammenleben in dieser Gesellschaft unabdingbar ist. Ihr Kampf für höhere Löhne geht uns daher alle an. Ihre Arbeitsbedingungen sind mit ausschlaggebend über Leistungen, die wir nutzen. Daher sollte auch über die DGB-Gewerkschaften eine systematische Solidaritätskampagne aufgebaut werden.

Wir brauchen kämpferische Gewerkschaften – gerade jetzt in der Krise!

Gewerkschaftliche Burgfriedenspolitik „zum Wohle der deutschen Wirtschaft“, also zum Wohle der Unternehmer, ist nicht neu, sie wird seit Jahren mehr oder weniger von allen DGB-Gewerkschaften praktiziert. Aktuelles Beispiel ist die DGB-Vorsitzende Fahimi. (Siehe Kasten auf der nächsten Seite.)

*Die „Kommunalen Arbeitgeber“ – das sind aber Politiker der Parteien, die ohne mit der Wimper zu zucken, regelmäßig mit unserem Geld, dem Geld der Allgemeinheit, den Super-Reichen immer noch mehr Geld zu stecken.*

*Gemeinsame Streikundgebungen und Demonstrationen würden eine Machtdemonstration der Gewerkschaften darstellen und eine Stärkung der einzelnen Tarifrunden bedeuten.*

**Kontakt zur DKP-Kreisorganisation Stuttgart:**  
mail@dkp-stuttgart.org

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.  
DKP Stuttgart, Spendenkonto:  
IBAN: DE03600501010002078906 , BIC: SOLADEST600

**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei  
V.i.S.d.P.: DKP Stuttgart  
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart

Kurz vor Ende eines historischen Krisenjahres sorgt die Vorsitzende des DGB Yasmin Fahimi mit Statements für Unmut bei GewerkschafterInnen. Wie kann die Vorsitzende des DGB ernsthaft unterstützen, dass Konzerne, die mehr als 50 Millionen Euro „Krisenhilfe“ vom Staat erhalten, diese Millionen direkt als Dividende an die Aktionäre und als Boni an die Manager weiterreichen dürfen? Selbst die Regierung hat es nicht gewagt, sich hinter diese dreiste Forderung der Unternehmerverbände zu stellen. Aber sie, als Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes, der Vertretung von knapp 6 Millionen Beschäftigten, stellt sich auf die Seite des Kapitals. In einer Situation, in der Hunderttausende nicht wissen, wie sie über die Runden kommen, unterstützt sie, dass Steuergelder an Bosse und Manager verschenkt werden.

Viele Mitglieder verlassen aufgrund solcher Stellungnahmen die Gewerkschaften, weil sie sich nicht mehr von ihnen vertreten fühlen. Solche Erklärungen setzen auch die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften auf's Spiel.

Es ist nötig einen organisierten Kampf um eine politische und personelle Alternative in den Gewerkschaften zu führen, wenn wir diese als kämpfende Organisationen wieder und weiter aufbauen wollen. Gerade jetzt, gerade in der Krise, bei explodierenden Preisen, bei sinkendem Lebensstandard brauchen die Beschäftigten kämpferische Gewerkschaften an ihrer Seite, Gewerkschaften, die ihre Interessen vertreten, um sich gegen Angriffe und Erpressungen wehren zu können und die sozialen und tariflichen Errungenschaften zu verteidigen.

Fortsetzung von Seite 1: **Stoppt die Eskalation! Wer Frieden will, liefert keine Waffen!**



a.D. Erich Vad (ehemaliger militärischer Berater von Bundeskanzlerin Merkel) verantwortungslos. "Wir hatten bis jetzt 200.000 Gefallene und Verwundete auf beiden Seiten, 50.000 Ziviltote, Millionen von Flüchtlingen", so Vad. <sup>(1)</sup> Und auch General a.D. Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses ehemals höchster Militär der NATO, äußerte sich kritisch: In der jetzigen Pattsituation „wäre es wieder Zeit zu verhandeln, und wir nutzen auch diese Gelegenheit nicht, sondern tun das Gegenteil: Wir schicken Waffen und eskalieren.“ <sup>(2)</sup> Selbst der US-amerikanische Generalstabschefs, General Mark Milley, schätzt ein, dass die Ukraine das, was sie militärisch erreichen konnte, erreicht hat. Deshalb sollten jetzt diplomatische Bemühungen aufgenommen werden.

### **Eine Zeitenwende**

Doch das will in der Politik, die für die geostrategische Interessen des Westens jede Eskalation des Kriegs in Kauf nimmt, niemand hören. Die Welt befindet sich tatsächlich in einer Zeitenwende: Die unipolare Weltordnung, die durch die US-Hegemonie geprägt war, wird zunehmend infrage gestellt. Die bisher dominierenden westlichen Ökonomien, allen voran die USA, sind wirtschaftlich im Hintertreffen. So ist China schon jetzt gemessen an der Kaufkraftparität die weltweit größte Volkswirtschaft und wird, wenn sich der aktuelle Wachstumstrend fortsetzt, bis 2030 die USA als

größte Volkswirtschaft abgelöst haben. Auch der US-Dollar als Leitwährung verliert an Gewicht, wenn immer mehr Länder der BRICS-Staaten ihren Handel in nationalen Währungen abwickeln. Allein militärisch sind die USA noch absolut führend (Militärausgaben 2021 in US-Dollar: USA 801 Mrd., China 293 Mrd., Russland 65,9 Mrd.). Das macht die Situation so brandgefährlich. Entsprechend stuft das Pentagon Russland als „akute Bedrohung“, China aber als „systemischen Gegner“ ein. In der Ukraine wird ein Stellvertreterkrieg geführt, für den die Rettung von Menschenleben und die „Verteidigung unserer Freiheit“, wie es Außenministerin Baerbock nannte, nur als Vorwand dienen. „Die Ukraine kämpft auch für

die geopolitischen Interessen der USA. Denn deren erklärtes Ziel ist es, Russland politisch, wirtschaftlich und militärisch so weit zu schwächen, dass sie sich dem geopolitischen Rivalen zuwenden können, der als einziger in der Lage ist, ihre Vormachtstellung als Weltmacht zu gefährden: China.“ (General a.D. Kujat) Und schon 2018 drohte der frühere Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, Ben Hodges: "Es ist nicht unvermeidbar, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass wir in 15 Jahren mit China im Krieg sein werden."

### **Ampel steht auf Kriegskurs**

Ausgerechnet aus der ehemaligen „Friedens- und Öko-Partei“ Die Grünen kommen die aggressivsten Scharfmacher. So gehen Anton Hofreiter die Lieferungen von schweren Waffen nicht schnell genug und erhofft sich Außenministerin Baerbock, Russland mit Wirtschaftssanktionen zu ruinieren. Das ist also die wertebasierte, grüne Außenpolitik: Statt Diplomatie und Verhandlungen werden immer mehr Menschenleben für die geopolitischen Interessen des US-Imperialismus geopfert. Gleichzeitig dient der Krieg in der Ukraine dazu, um immer weiter aufzurüsten, damit Deutschland „mehr Verantwortung übernehmen kann“, also deutsche Kapitalinteressen zukünftig auch militärisch durchgesetzt werden können. Folgerichtig reicht dem neuen „Verteidigungsminister“ Pistorius das 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr nicht aus. Die Fol-

gen dieser Politik und des gegen Russland geführten Wirtschaftskrieges sind eine Inflation von über 10%, explodierende Energiekosten und Sozialabbau. Für die berechtigten Lohnforderungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist angeblich kein Geld da. Statt Schaden vom

deutschen Volk abzuwenden, wie es der Amtseid verlangt, nimmt die Ampelregierung die Verarmung großer Teile der Bevölkerung in Kauf.

### **Keine Kriegszentrale in Stuttgart!**

Nun wollen die USA in Büchel (Rheinland-Pfalz) modernisierte Atomwaffen vom Typ B61-12 stationieren. Im Rahmen der atomaren Teilhabe sollen diese Atomwaffen dann mit den dazu von der Ampel-Regierung angeschafften F 35 -Tarnkappenbomben ins Ziel geflogen werden. Diese Waffensysteme lassen sich in ihrer atomaren Sprengkraft dosieren und sind angeblich präzise lenkbar. Damit wären sie genauso wie die Hyperschall-Mittelstreckenraketen vom Typ Dark Eagle, deren Stationierung ab 2023 geplant ist, als taktische Erstschlagswaffen gegen Russland einsetzbar. Geht es nach den Planungen der US-Strategen, so halten diese einen auf das „Schlachtfeld Europa“ begrenzten Atomkrieg für möglich. Befehligt werden alle US-Atomwaffen in Europa vom EUCOM in Stuttgart Vaihingen. Damit wird Stuttgart zum Ziel für einen eventuellen russischen Gegenschlag. Dort befindet sich auch das EUCOM Kontrollzentrum Ukraine (ECCU), von dem aus der Transport von Waffen an die Frontlinie in der Ukraine und der Einsatz der gesamten US-Militärhilfe koordiniert wird. Damit wird direkt vor unserer Haustüre der Ukraine-Krieg weiter eskaliert.

**Keine Waffenlieferungen in die Ukraine!  
Für einen Waffenstillstand und Verhandlungen sofort!  
NEIN zum Wahnsinnsziel eines Siegfriedens –  
JA zur Wiederherstellung des Prinzips der friedlichen Koexistenz!  
Kriegszentrale EUCOM sofort schließen!**

### **Mit Putin kann man nicht verhandeln? Mit Putin will man nicht verhandeln!**

Bei seiner Rede vor dem deutschen Bundestag 2001 appellierte Putin: Statt die NATO immer weiter bis an die russischen Grenzen zu erweitern, sollte der Westen zusammen mit Russland gemeinsam gegen den Terror vorgehen. Ein Angebot, dass vom Westen bekanntlich nicht angenommen wurde. Statt dessen erfolgte 2002 die einseitige Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA. Und beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008 machte sich der damalige US-Präsident George W. Bush für einen NATO-Beitritt der Ukraine stark. Alle Versuche Russlands im Vorfeld des russischen Einmarschs, zu einer Verhandlungslösung (u.a. durch Stationierungsverbote für Kurz und Mittelstreckenraketen sowie für Kernwaffen außerhalb des eigenen Territoriums) zu kommen, wurden von der NATO vom Tisch gewischt.

Bei den Friedensverhandlungen im März 2022 hatte sich Russland dazu bereit erklärt, seine Streitkräfte auf den Stand vor dem Einmarsch in die Ukraine zurückzuziehen. Im Gegenzug sollte die Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichten und keine Stationierung ausländischer Truppen oder militärischer Einrichtungen zulassen. Die Zukunft der besetzten Gebiete sollte auf diplomatischem Wege geregelt werden. Nach Intervention durch den damaligen britischen Premierminister Boris Johnson am 9. April in Kiew wurden die Verhandlungen abgebrochen und damit die Beendigung des militärischen Konflikts verhindert. (2)

(1) <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/leopard-panzer-erich-vad-warnt-vor-politischer-scharfmacherei,TfWags>

(2) [https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-1-vom-18-januar-2023.html#article\\_1460](https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-1-vom-18-januar-2023.html#article_1460)

<https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/die-ukraine-ist-die-neueste-katastrophe-amerikanischer-neocons-li.242093>

<https://ostexperte.de/der-kalte-krieg-ist-vorbei/>

## **UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP**

**UZ** *Che würde  
UZ lesen!*



**Jetzt**

# **4 Wochen kostenlos probelesen**

- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 4 Wochen kostenlos. Das Probeabo endet automatisch.

Name

Vorname

Straße / Haus-Nr.

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail-Adresse

Sie erhalten die DKP-Zeitung UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich. Das Abo endet automatisch.

Bestellung: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18  
45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • [vertrieb@unsere-zeit.de](mailto:vertrieb@unsere-zeit.de)